

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Nr. 243

Dienstag, den 3. Dezember 1918

35. Jahrgang.

Warum ist es sinnlos, Banknoten und Kassenscheine zu hamstern?

1.bares Geld in Noten, Kassenscheinen usw. verbürgt keine höhere Sicherheit als der Besitz von Guthaben bei Geldinstituten. Ein Misstrauen gegen die ordentliche Geschäftsführung der deutschen Banken, Sparkassen und Genossenschaften besteht nicht. Jeder kennt die soliden Grundzüge, nach denen sie verwaltet werden, jeder weiß, daß ihre Zahlungsfähigkeit über jeden Zweifel erhaben ist.

2. Wer Wertpapiere verkauft, um den Erlös in bar aufzubewahren, verliert Zinsen. Bargeld frisst Zinsen, Wertpapiere und Guthaben bei den Geldinstituten bringen Zinsen. Kassenscheine und Noten sind zinslose Schuldverschreibungen des Reiches oder der Reichsbank, ihnen stehen die verzinslichen Schuldverschreibungen des Reiches — die Reichsanleihen — an Sicherheit nicht nach; darum liegt es durchaus im Interesse jedes einzelnen, Barbestände, die er zurzeit nicht benötigt, anzulegen.

3. Wer sein Geld mit sich herumträgt oder zu Hause aufbewahrt, legt sich der Gefahr aus, es zu verlieren oder durch Diebstahl oder Brand einzubüßen.

4. Verlorene Banknoten sind kaum ersetzbar, während beim Abhandeln anderer Wertpapiere durch ein Aufgebotsverfahren der Schaden zum größten Teil gut gemacht werden kann.

5. Die Zahlung durch Bargeld ist mit mancherlei Umständen verknüpft, während die Zahlung auf bargeldlosem Wege durch Heberweisung oder Scheck vom Schreibtisch aus erfolgen kann. Bargeldlose Zahlungen lassen sich noch nach Jahren aus den Büchern der Banken usw. nachweisen; so werden Rechtsnachteile, die häufig durch das Verlorengelien von Quittungen entstehen, vermieden.

6. Die Sorge vor einer Beschlagnahme der Guthaben bei Banken, Sparkassen, Genossenschaften, Postbeskämtern ist jetzt und in Zukunft völlig unbegründet. Von maßgebender Seite gegebene Erklärungen weisen eine derartige Annahme in nicht mißzuverstehender Weise ein für allemal zurück. Davon wird sich jede Regierung gebunden halten. Außerdem sollte sich jeder überlegen, daß eine solche Beschlagnahme der Guthaben praktisch ganz undurchführbar wäre. Denn die Guthaben der Kunden sind ja gar nicht voll in bar vorhanden, sondern, abgesehen von dem dem nötigen Kassenbestand, in Hypotheken, Darlehen, Wertpapieren usw. angelegt.

7. Die gegenwärtige Zahlungsmittelknappheit ist eine vorübergehende, durch die Aufsperrung des Publikums hervorgerufene Erscheinung, die um so eher verschwinden wird, je mehr die Mahnung zur Besonnenheit Beachtung findet. Eine Reihe durchgreifender Maßnahmen ist getroffen, um jeden sich in vernünftigen Grenzen haltenden Bedarf an Zahlungsmitteln zu befriedigen. Wollte die Bevölkerung aber dazu schreiben, das gesamte Kapitalvermögen in Geldzeichen umzuwandeln, so vermöchte wohl keine Notenbank der Welt die erforderlichen Notenmengen zu beschaffen.

8. Eine weitere Ausdehnung des Papiergeldumsatzes, welche sich als Folgeerscheinung der Banknotenhamsterei ergeben muß, hemmt und verzögert den Rückgang der Preise, wie ihn die langsam sich entspannende Lage mit sich bringen wird.

9. Die Noten- und Geldhamsterei erschwert die Abwicklung der Lohn- und Gehaltszahlungen und legt das Reich der Gefahr von inneren Unruhen aus.

10. Ein übermäßiger Notenumlauf setzt das finanzielle Ansehen des Reiches im Auslande herab, erschwert die Wiederherstellung des normalen Standes der Valuta und gefährdet den Wiederaufbau der Volkswirtschaft.

Darum:

bringt eure überflüssigen Banknotenbestände zu den Geldinstituten!

Landjiedelung für die Feldgrauen.

WTB. Berlin, 1. Dez. Ein Aufruf Hindenburgs teilt mit, daß die Vorarbeiten zu einem großzügigen Aniedelungswerk im Gange sind, wodurch auf billige erworbenen Lande mit billigen öffentlichen Geldern für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet werden. Für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige verwandter Berufe werden Häuser in Gartenstädten

und Gartenvorstädten erbaut und gegen mäßige Bezahlung der Selbstkosten abgegeben. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Kameraden, die mit bisher nicht gekannter Todesverachtung und ebenbürtigen Opfern 50 Monate hindurch die heimliche Erde schützten, das Vaterland nochmals durch deutsche Manneszucht und deutsche Ordnungssinn zu retten und sich die eigene Zukunft und das eigene Glück zu bereiten.

Ein weiterer Aufruf des Staatssekretärs Bauer fordert die aus dem Kriege heimkehrenden Landarbeiter und alle, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig gewesen waren, auf, nicht in die Städte und Industriebezirke, sondern auf das Land zu gehen, wo mehrere Millionen Hektar Raum zur Besehung bereitgestellt werden. Auf dem Lande gebe es Unterkunft und lohnende Beschäftigung, weil mehr als 1 000 000 Kriegsgefangene und Wanderarbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren.

Die alten Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter und die Gefindeordnung sind außer Kraft gesetzt. Die Arbeits- und Wohnverhältnisse werden durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Landarbeiter und der Gutbesitzer geregelt. Zur Herstellung der nötigen Wohnungen und zur Bereinigung von Pachtland für den Haushaltsbedarf sollen die Gemeinden verpflichtet werden.

Der Kaiser erkrankt?

Basel, 1. Dez. Havas meldet aus Amsterdam: Kaiser Wilhelm ist von einem Nervenansatz betroffen worden. Er beabsichtigt, sich in eine Heilanstalt in der Umgebung von Arnheim zu begeben. Weiter berichtet, daß die Mitglieder des Hofes des Kaisers nach Deutschland zurückkehren werden.

Berlin, 1. Dez. Sämtlichen kaiserlichen Prinzen und Prinzessinnen des Hohenzollernhauses wurde das Verlassen deutschen Bodens freigestellt. Ihre Vermögenswerte bleiben in Deutschland bis zur reichsgerichtlichen Regelung.

Die Umwälzung im Reich.

Das Programm Eberts.

Berlin, 1. Dez. Im „Rheingold“ fand heute eine Kundgebung für die Sozialdemokratie statt, in der Ebert u. a. ausführte: Für die Sozialdemokratie ist der Weg klar vorgezeichnet durch das Erfurter Programm. Die verfassunggebende Versammlung wird die deutsche Nation wieder fest zusammenschließen. Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme während zu entwerten oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Für die Arbeiterklasse wäre nichts verhängnisvoller als ein Rückfall in die Kleinrenterei. Nicht Trennung, sondern einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volks ist das Gebot der Stunde. Nur da, wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volk weniger Arbeitslast auferlegt und neue Verfahren des Verbrauchs eröffnet, ist der Sozialismus am Platze und kann sich behaupten. Sozialistische Versuche in einzelnen Betrieben könnten nur zum Schaden der Arbeiter und zur Herabwürdigung des Sozialismus ausschlagen. Der Kapitalprofit wird scharf erfaßt werden. Möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen Einkommens muß erstrebt werden. Die Kriegsgewinne müssen restlos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Jede politische Putschabsicht muß aufs entschiedenste bekämpft werden.

Hoffmann über die Gewissensfreiheit.

Berlin, 1. Dez. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Adolf Hoffmann, hat auf eine an Ebert gerichtete Zuschrift vom 25. November 1918 über die Entschlebung einer Versammlung von Vertrauensmännern des Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Doornik-Hörde vom 21. Nov. u. a. erwidert: Auch von den neuen Männern denkt niemand daran, die religiöse und Gewissensfreiheit anzutasten. Das Erziehungsrecht der Eltern wird ungeschmälert bleiben. Deshalb sollen die Eltern das Recht haben, ihre Kinder von Angehörigen der Kirche, welcher sie selbst angehören, in ihrem Glauben erziehen zu lassen. Dem Christentum wird volle Freiheit und

Gleichberechtigung nach jeder Richtung hin gewährleistet. Hinsichtlich der Trennung von Staat und Kirche ist es selbstverständlich, daß an dem Etat, der bis 1. April 1919 läuft, nichts geändert wird. Sollte die Trennung bis dahin vollzogen werden, so wird ein passender Abbau der Bezüge der Kirche, in einer Weise vorgenommen werden, der keinerlei soziale Härten besonders gegen ärmere Gemeinden mit sich bringt.

Die Deutsche demokratische Partei.

Berlin, 1. Dez. In einer großen Versammlung im Zirkus Busch sprach der preuss. Handelsminister Fischbeck über die Aufgaben und Ziele der neugegründeten demokratischen Partei. Er betonte, daß die Partei auf den Namen Deutsch-Wert lege; das ganze Deutschland, einschließlich Deutsch-Oesterreich soll es sein. Die Partei wolle die wahre Demokratie in dem alten unterwinderten Vaterland. Gegen Eisner wurden scharfe Worte laut. Unterstaatssekretär v. Gerlach fand starken Widerspruch, als er die deutschfeindlichen Umtriebe der Polen entzuldigen wollte.

Ohne Nationalversammlung kein Brot.

London, 2. Dez. Die „Times“ meldet aus New-York, die amerikanische Regierung habe 32 ehemalige deutsche Handelsschiffe gemietet, die Nahrungsmittel nach Deutschland überbringen werden. Die Verlorenung werde aber erst beginnen, nachdem in Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben.

Delegiertenversammlung der Frontsoldatenräte.

Bad Ems, 2. Dez. Gestern versammelten sich die Frontsoldatenräte in Ems zu einer Tagung. Anwesend waren etwa 300 Delegierte. In der Ansprache wurde allseitig der Wille des Volksheeres bekräftigt, hinter der Regierung zu stehen und etwaige separatistische Bestrebungen des Berliner Vollzugsausschusses zu bekämpfen.

In der Versammlung am Nachmittag äußerte der Volksbeauftragte Barth Bedenken gegen die Wahl der Nationalversammlung am 16. Februar. Wir müssen alles hinnehmen, was die Entente diktiert. Daran sprach Mollenhuth über das Verhältnis zwischen Vollzugsausschuss und Regierung. Es wurde beschlossen, daß die Frontsoldaten 5 Delegierte als ständige Mitglieder in den Vollzugsausschuss entsenden. Eine Entschlebung spricht den Willen der Frontsoldaten aus, die Republik zu verteidigen; die politische Demokratie soll durchgeführt werden. Die schrittweise Sozialisierung der Betriebe sei notwendig. Die Nationalversammlung wird dringend verlangt.

Eisner ausgepfiffen.

München, 1. Dez. Im Nationaltheater wurde gestern eine Revolutionsfeier veranstaltet, zu der u. a. Studenten und heimgelehrte Soldaten besonders eingeladen waren. Als Eisner auf der Bühne erschien, um die Festrede zu halten, wurde er ausgepfiffen. Seine Rede wurde oft von Schmähsen auf ihn unterbrochen.

Nürnberg, 2. Dez. Der „Frankf. Kurier“ schreibt: Die Art und Weise, wie der Revolutionsmann Eisner dem Herrn Clemenceau ins Garn gegangen ist, wird in München als eine fürchterliche Blamage empfunden. Es ist wahrscheinlich, daß der Landesvertreter Weiß, der frühere ehsässische Abgeordnete, seine Hand im Spiele hat.

Die Ostfront gegen Mollenhuth.

Berlin, 2. Dez. Auf die Ausführungen des Führers des A- und S-Rates Berlin, Mollenhuth, die vollkommen ungerechtfertigte Äußerungen über die Ostverhältnisse bringen, erging folgender Protest durch den Zentralrat der Ostfront: Der Zentralrat der Ostfront ist erstaunt über die Äußerungen von Ihnen, daß die in Ausland liegenden Armeen wohl kaum an eine Rückkehr denken könnten. Wir verstehen nicht, wie sie derartige in öffentlicher Versammlung sagen können, wo die ganze Lage der Ostfront zu diesem Pessimismus keinen Anlaß gibt, solange es den Soldatenräten gelingt, ihre Politik der Ruhe und Ordnung weiter durchzuführen. Mit derartigen Mitteilungen verwirren Sie sowohl die Stimmung in der Heimat, als auch bei der Truppe, die davon nicht empfängt, erschweren unsere außerordentlich großen Aufgaben und beschwören erst die Gefahr herauf, die Sie als schon vorhanden darstellen. Wir ersuchen Sie dringend, über die Ostfront nur unsere bevollmächtigten Vertreter sprechen zu lassen, die wirklich mit der Sachlage vertraut sind. Zentralrat der Ostfront



Witau, 1. Dez. Der Zentraloldatenrat der 8. deutschen Armee beschloß, eine eiserne Division aus Freiwilligen unter deutschen Offizieren zu bilden, die als Kampstruppe den Abzug der deutschen Truppen gegen die vordringenden Bolschewisten sichern soll.

Bolschewistische Angriffe.

Berlin, 1. Dez. Russische Truppen, die sehr gut bewaffnet waren, haben die Städte Narwa, Pleskau und Kingy in Estland angegriffen. Deutsche und Esten haben den Angriffen Widerstand geleistet.

Berlin, 1. Dez. Drei Regimenter der Armee Madens sind in Best eingetroffen. (Mit den Waffen?)

Krakau, 1. Dez. Alle Offiziere und Soldaten der deutschen Armee haben binnen 48 Stunden die Stadt Lemberg und ihre Umgebung zu verlassen. Die ohne Bewilligung der polnischen Militärbehörden organisierten jüdischen Truppen in Lemberg werden aufgelöst und entwaffnet.

Wentzen in Oberschlesien, 1. Dez. Der ober-schlesische Bergarbeiterstreik ist in langsamem Rückgang.

Die Pfalz an Frankreich?

Ludwigshafen, 1. Dez. Die „Pfälzische Rundschau“ schreibt, es sei kein Zweifel, daß die Franzosen alles versuchen werden, die pfälzische Bevölkerung zum Anschluß an Frankreich zu bewegen. Diese Absicht werde umso leichter zu verwirklichen sein, je weniger Stütze die gut deutsch gesinnten Pfälzer bei der deutschen und bayerischen Regierung fänden.

Der Giftjahn des Bolschewismus.

Osag, 2. Dez. „Britisch News“ schreibt: Wenn die bolschewistische Gefahr in Deutschland wirklich besteht und von der deutschen Regierung nicht unterdrückt werden kann, so muß dem die Entente durch die völlige Besetzung Deutschlands begegnen. Wie eine Giftschlange wird Deutschland jetzt harmlos werden, wenn ihm jeder Giftjahn ausgebrochen ist, denn der Giftjahn des Bolschewismus ist nicht weniger tödlich als der des Militarismus.

Die Engländer in der Ostsee.

Berlin, 22. Dez. Der „Berl. Lokalanz.“ meldet, das englische Geschwader werde nicht nach Kiel gehen, um die Abrüstung der deutschen Kriegsschiffe zu überwachen. Das Geschwader werde in der Ostsee kreuzen und verschiedene Ostseehäfen besuchen.

Die Belgier in Aachen.

Berlin, 2. Dez. Gestern nachmittag ist Aachen von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden. Sofort wurde die belgische Zeit eingeführt und bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen werden müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße blicken lassen. Der Soldatenrat wurde abgesetzt. Die Zeitungen dürfen während zweier Tage nicht erscheinen. Sie werden dann einer strengen Zensur unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente ist verboten.

Die Polen.

Berlin, 2. Dez. Bei den angekündigten Beratungen mit den Vertretern der polnisch-polnischen Landbestelle sollen nach der „Post. Hg.“ die ansässigen Deutschen überhaupt nicht befragt werden.

Sehr erregt schreibt die „Post“: Ist die Scham schon soweit gestiegen, daß wir uns von einem Volk, das wir mit unserem Blut aus der russischen Herrschaft befreit haben, hinterücks um Provinzen betrauben lassen, die deutscher Schwitz in jahrhundertelanger Arbeit aus der früheren Unkultur herausgehoben hat?

Unruhen in Kreuznach.

Kreuznach, 2. Dez. (A. S. R.) Der Arbeiter- und Soldatenrat hat am hiesigen Rathaus neben den Nationalfahnen auch die rote Flagge gehißt. Nachdem diese vor einigen Tagen durch einen Offizier herabgeholt worden war, wurde sie am Samstag nachmittag auf Befehl eines Offiziers von mehreren Mannschaften abermals gewaltsam herabgeholt und vor dem Rathaus in Anwesenheit des dem Durchmarsch zusehenden Publikums verbrannt. Nachdem diese Fahne durch eine neue ersetzt war, kam es am Sonntag vormittag zu ernsthaften Ausschreitungen. Einige Unteroffiziere des hier einquartierten 98. Infanterie-Regiments erschienen mit Revolvern bewaffnet auf dem Bureau des Arbeiter- und Soldatenrats, machten der amtierenden Leitung den Vorwurf, daß die mangelhafte Ernährung der Truppen die Schuld des Arbeiter- und Soldatenrats sei, und verlangten die Entfernung der roten Fahne. Ohne die ihnen angebotene Unterredung mit dem Distrikommandanten abzuwarten, bahnten sich die Leute gewaltsam unter Drohungen mit Waffengebrauch den Weg zu dem verschlossenen Raum, erbrachen ihn und entfernten die Fahne unter dem lauten Beifall des Publikums. Als dann hielt ein berittener Hauptmann eine patriotische Ansprache und brachte ein dreifaches Hurrah auf den Kaiser aus, in welches die Menge einstimmt. Nunmehr erschien bewaffnete Bürgerwehr, um auch den übrigen Fahnenständer des Rathauses zu entfernen. Das Publikum nahm eine drohende Haltung ein. Die Abordnung hat darauf in diesem kritischen Augenblick den Arbeiter- und Soldatenrat, mit Rücksicht auf den Ruf und den Fremdenverehr Kreuznach, man möge nachgeben, um weitere Ausschreitungen und Blutvergießen zu vermeiden. Aus diesem Grunde entsprach der Arbeiter- und Soldatenrat der Bitte und beschloß, von dem weiteren Hisen der roten Fahne vorläufig Abstand zu nehmen. Wie festgestellt, sind diese Ausschreitungen auf Veranlassung von Offizieren hervorgerufen worden und können nicht als Stimmungsaustruck der Fronttruppen betrachtet werden. Die hier abgehaltenen Volks- und Soldatenversammlungen haben deutlich bewiesen, daß die große Masse des Militärs und der Bürgerschaft auf demokratischem Boden steht.

Wanne (Westfalen), 1. Dez. Auf dem hiesigen Bahnhof kam es zwischen der Bahnhofsache des Arbeiter- und Soldatenrats und einem aus dem Felde beim-

lehrenden Gardebataillon einem blutigen Zusammenstoß, bei dem es auf beiden Seiten Verwundete gab. Auch Maschinengewehre wurden angewendet. Das Bataillon stürmte das Telegraphengebäude am Bahnhof.

Ein Anschlag in Glatz vereitelt.

Glatz, 1. Dez. Ein abelseligmündeter Mensch namens Kröher, der bei der Revolution in Berlin aus dem Gefängnis befreit wurde und sich dann der Spartakusgruppe angeschlossen, kam in Feldwebersuniform nach Glatz in Schlesien. Hier sammelte er 50 bis 60 Leute um sich, die er bewaffnete. In der Nacht zum Samstag streifte die Bande unter dem Ruf: Nieder mit dem Zentrum! durch die Stadt, drangen in das Militärkleiderdepot ein und machten dann einen Angriff gegen die Postkaserne. Die Wache gab mit Maschinengewehren Salven ab, wobei zwei der Aufrehrer schwer verletzt wurden. Kröher und zwei weitere sind gefangen. Sie wurden, nachdem das Glatzer Standgericht sie zum Tode verurteilt hatte, auf Einspruch des Verteidigers nach Schweidnitz zur Aburteilung abgeführt.

Neues vom Tage.

Einspruch des Reichstagspräsidenten.

Freiburg, 22. Dez. Die prov. Reichsregierung hat den Präsidenten des Reichstags, Dr. Lehrenbach, angewiesen, am 1. Dezember an die Reichstagsabgeordneten nur diejenigen Bezüge auszahlen zu lassen, die ihnen bei erfolgter Reichstagsauflösung zustanden wären. Zugleich sollen die Eisenbahnsteuern eingezogen werden. Dr. Lehrenbach hat darauf gegen die Verfügung als gegenwärtig telegraphisch Einspruch erhoben.

Die freie Eisenbahnfahrt ist durch Reichsgesetz vom 22. 6. 18 gegeben für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert. Die Auszahlung der Dezemberdividende darf nicht abhängig gemacht werden von der Auflösung einer Reichstagsauflösung. Der Reichstag ist nicht aufgelöst und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Gesetzesverletzung. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbureau mit Umgehung des Präsidenten Befehle zugehen zu lassen. Ich habe dem Bureau verboten, derartigen Verfügungen nachzukommen.

Aufhebung der Ostmarkengesetze.

Berlin, 2. Dez. Wie wir von zuständiger Stelle hören, steht die Aufhebung aller gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze unmittelbar bevor.

Bayerns Stellung zum Reich.

München, 2. Dez. Einem Vertreter der „M. N. N.“ gegenüber sagte der prov. Finanzminister Jaffe, die Volksvertretung könne nicht auf der demokratischen Mehrheitswahl aufgebaut werden, sondern habe sich dem durch die Revolution geschaffenen Rätesystem anzupassen, das durch die Räte der geistigen Arbeiter und des Gewerbes zu erweitern wäre. Es müsse ein Erfas für den Bundesrat geschaffen werden, sonst würden die Einzelstaaten ihre politische Bedeutung verlieren und ganz von Berlin abhängig werden. Die Einheit des Reichs dürfe nicht zerfallen werden, auch nicht durch die Möglichkeit des Anschlusses von Oesterreich und Tirol an Bayern. Aber die Vorherrschaft Preußens sei zu bekämpfen.

Unsere Ostafrikaner.

London, 2. Dez. Reuters meldet aus Lorenzo Marques vom 25. 11.: Amlich wird bekannt gegeben, daß General von Lettow Vorber sich mit 30 Offizieren, 125 anderen Europäern, 1165 Askaris, 1516 Trägern, 482 ostlichen und portugiesischen Trägern, 13 eingeborenen Säuglingen, 283 männlichen Eingeborenen u. 819 Frauen ergeben hat. Die Askaris bleiben bis zur Heimbeförderung in Tabora, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Dar-es-Salam.

Kiel, 2. Dez. 12 englische Zerstörer sind in Libau angekommen.

Explosion.

Osag, 30. Nov. „Saberland“ meldet: Bei Als in der Nähe von Lüttich ist ein Zug mit 60 Munitionswagen explodiert. Man spricht von 80 Toten und einer großen Anzahl Verwundeter.

Die Entente und die Schuldfrage.

Paris, 2. Dez. Zu dem Vorschlag der deutschen Regierung, die Verantwortlichkeit für den Krieg durch einen Ausschuß der Neutralen feststellen zu lassen, bemerkt der „Temps“: Die alliierten Regierungen hätten die volle Aufklärung nicht zu fürchten, weil ja schon ihre Veröffentlichungen von 1914 vollständig gewesen waren, als das deutsche Weißbuch. Nur kraft unglaublicher Ahnungslosigkeit oder bösen Willens könne man von der Entente Gerechtigkeit fordern und dabei das Zeugnis der Opfer mit den Entschuldigungen der Beschuldigten auf eine Stufe stellen.

Der distierte Frieden.

Zürich, 1. Dez. Die „Neue Z. Hg.“ meldet aus Paris, die Friedenskonferenz werde zunächst die Friedensbedingungen für Deutschland festsetzen, die ebenso wie die des Waffenstillstands als Ganzes angenommen werden müssen. Die Bedingungen für die ehemaligen Verbündeten Deutschlands seien weniger dringlich.

Zürich, 1. Dez. Die italienischen Blätter sprechen sich über die Poststrennungsbestrebungen in Bayern sehr befriedigt aus.

Ausimmigkeiten im Verband.

London, 1. Dez. Wie „Daily News“ aus New York melden, berichtet „Pittsburgh Sun“ über Nichtimmungen auf der Konferenz von Versailles bei Feststellung des Friedensprogramms. Der amerikanische General Pershing sei mit Marshall noch in manchen wichtigen Punkten nicht einverstanden.

London, 2. Dez. Jogh, Clemenceau, Orlando und Sonnino sind in England angekommen.

Der vorläufige General.

Basel, 3. Dez. Die „Baseler Nachrichten“ melden aus Paris: In allen Wirtschaften und Kaffeehäusern von Paris wurde ein Befehl des amerikanischen Brigadegenerals W. Harris angeschlagen, der den Verkauf von alko-

holischen Getränken und Vikoren an amerikanische Soldaten unter Strafandrohung verbietet.

Bolschewistische Umtriebe.

Belsingfors, 1. Dez. In dem finnischen Hafen Bjoerko wurden auf einem schwedischen Dampfer, der von Petersburg nach Schweden ging, 5 Bolschewisten verhaftet und 7 schwere Kisten mit aufsteigenden bolschewistischen Schriften in deutscher, englischer und französischer Sprache beschlagnahmt, darunter viele, die von Lieber verfaßt und an die Soldaten der Ententemächte gerichtet waren. Man glaubt, daß die schwedischen Dampfer schon längere Zeit mißbraucht wurden, um über Stockholm die bolschewistischen Schriften über die ganze Welt zu verbreiten.

Das Ende in Brüssel.

Ueber einen Sturmangriff der Belgier auf der Brüsseler Nordbahnhof und die dort ihres Abzug haltenden deutschen Truppen, teilt ein Leser dem „Hannoverschen Kurier“ mit: Am Sonntag nachmittag nach 2 Uhr bewegte sich ein großer Zug von deutschen Soldaten ohne Waffen, mit roter Fahne voran, dessen Vorbeimarsch etwa 4 Stunden dauerte, durch Brüssel, zwang den Generalgouverneur zur Abtretung des Kommandos und richtete einen Soldatenrat ein. Die Brüsseler schauten erstaunt diesen Austritten zu und kamen dadurch in eine gewisse Erregung. Die Teilnehmer des Zugs und andere nach Brüssel hereingekommene Soldaten-Elemente, teils Versprengte, teils Stappentruppen, verteilten sich in großen Kaffees, woselbst die Marschallische, Sambre et Meuse und andere aufreizende Nationalmärkte gespielt und von unseren Soldaten, die sich in einer Verbrüderungsdübel befanden, mitgegeben und mitgeteilt wurden. Dieser Drang nach internationaler Vereinigung in Verbindung mit der Freude über das baldige Kriegsende hat nun eine Menge von Soldaten leider dazu veranlaßt, ihre Gewehre und Patronen an Belgier und belgische Schönen zu verkaufen. Gegen 10 Uhr gingen wir über den Bahnhofspaly, um den Schnellzug nach Deutschland zu erreichen. Kaum im Bahnhof, kam Kriegeralarm, und sofort herrschte völlige Dunkelheit. Drei bereitstehende Jäger waren bereits zum besten voll, alles Soldaten, hier und da Zivilpersonen. In der Ferne hörte man die plägenden Bomben. Die Jäger fuhren wegen der anhaltenden Gefahr nicht ab. Es wurde 11 und 12 Uhr. Plötzlich vernahmen wir draußen einen Schuß und lautes Stimmengewirr. Fast gleichzeitig erschollen auf den Bahnsteigen zwischen den Jäger Kommandos von mitreisenden Offizieren: „Alles, was noch Waffen hat, sofort antreten.“ Die in die Heimat eilenden Soldaten kletterten aus den Abteilen, setzten ihre Helme auf, nahmen ihre Knarren und führten heraus, sich um die Offiziere sammelnd, denen womöglich kurz vorher die Achselstücke abgenommen waren. Auf den Ruf hin: „die Belgier stürmen den Bahnhof“, waren alle eilig, unter Führung ihn aufs Aeuferste zu verteidigen. Wie durch ein Wunder, wie Pilze aus der Erde waren plötzlich 600 bis 800 belgische Freischützen mit Gewehren, sogar mit Maschinengewehren, erschienen. Die Offiziere folgten zuerst die Mannschaften den Hauptportalen zu, um der Bahnhofsache gegen den Ansturm zu helfen. Plötzlich folgte nun Schuß auf Schuß. Wir waren kaum 380 Mann stark, darunter viele Mannschaften waffenlos. Da plötzlich in der höchsten Not sangen unsere Maschinengewehre an zu spielen. Belgier wurden aus den Gleisen herausgeworfen und vom Bahnhofsplay gleich dasselbe. Auch wurden von neuem Munition und Handgranaten verteilt. Die Offiziere bildeten Patrouillen, säuberten die Außenstrede, den benachbarten Bahnhof Schaerbeck, nahmen drei Kerle fest, welche die Sapienen gelodert hatten und hingen sie sofort an den Laternen auf. Nach einer angstvollen Stunde lehrten die Soldaten in ihre Abteile zurück, nachdem die Belgier in der Stadt und im Felde zurückgetrieben und 2 Divisionen zum Schutz von Stadt und Bahnhof herangezogen worden waren. Wir hatten 8 Tote auf dem Bahnhof (und in der Stadt?), die Belgier hatten ihren Frevel mit 160 Toten und wohl ebensoviele Verwundeten zu büßen. Anderen Morgen, 8 Uhr, konnte endlich der erste Zug nach Deutschland abrollen.

Berlin, 2. Dez. Der kürzlich gewählte Reichsausschuss besteht laut Beschluß des Vollzugsrats aus 8 Groß-Berlinern (preussischen) Mitgliedern und aus 8 Vertretern der außerpreussischen Bundesstaaten, ferner aus 3 Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen 19 Mitgliedern.

Der ober-schlesische Bergarbeiterstreik kann als erledigt angesehen werden.

Brand des Wiener Arsenal.

Wien, 2. Dez. Heute früh wurde im Arsenal ein Feuer entdeckt. In einem Teil des Gebäudes, wo große Leadvorräte aufbewahrt werden, war das Feuer wahrscheinlich schon im Laufe der Nacht ausgebrochen. Außer den Leadvorräten brennt noch ein Falsdepot, in dessen Nähe große Massen von Sprengstoffen lagern.

Wetere gegen Kaiser Karl.

Budapest, 2. Dez. Ein Mitarbeiter des „8 Uhr-Blattes“ hatte noch vor der Erklärung der Republik Gelegenheit, mit dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Wekerle über den Exkaiser Karl zu sprechen. Dr. Wekerle gab von dem ehemaligen Monarchen nachstehende Charakteristik: Ich muß leider sagen, daß Exkaiser Karl nicht aufrechtig war. Er versprach mir eine Lösung der südlawischen Frage zugunsten der ungarischen Interessen. Auch den Grafen Tissa hat er irreführt, als er ihn ersuchte, mit den Südlawen zu unterhandeln, denn gleichzeitig hat er hinter unserm Rücken mit Dr. Korosec gesprochen und ihn beauftragt, den südlawischen Staat vorzubereiten. Der Einfluß des Dr. Korosec auf den Monarchen war so groß, daß der König ihm sogar die mit mir getroffenen Vereinbarungen verriet. Ich habe den Monarchen wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß er in sein Verderben renne. Er hat mir jedoch nicht geglaubt. — Daß der Kaiser die Führer der Nationalitäten gegeneinander auszuspielen versuchte, konnte

nicht angenommen werden, weil die Bedeutung des jungen Monarchen nicht so hoch einzuschätzen war. Tatsache aber, daß er nahezu sämtliche Rationalitäten weitgehend versprechungen machte und ihnen mitteilte, was die Führer der anderen Rationalitäten wünschten, so daß schließlich eine allgemeine Berührung und allgemeines Mißtrauen eintrat.

Baden.

Der 80. Geburtstag der Großherzogin Luise.

Am 3. Dezember vollendet die Großherzogin Luise das 80. Lebensjahr. Auch als freier Volksstaat darf Baden diesen Tag nicht unbeachtet vorübergehen lassen. Hat doch Großherzogin Luise den weitesten Kreisen der badischen Bevölkerung unerlässlich viel Gutes getan, für das es heute seinen herzlichsten und innigsten Dank ausspricht. Die pflichtgetreue Erfüllung der großen Aufgaben werthvoller Nächstenliebe hat von je her in den Herzen der Badener die volle Anerkennung gefunden, so daß es sich heute fast erübrigt, alle die einzelnen Schöpfungen zu nennen, die auf Veranlassung der großen Großherzogin dem badischen Volke so viel Segensreiches gebracht haben. Am Geburtstag der Großherzogin kann man nur wünschen, daß diese Werke bestehen bleiben mögen, um auch ferner Not und Tribulation lindern zu können. Großherzogin Luise, die in den letzten Wochen so Schweres ertragen mußte, mag in ihrem festen Gottvertrauen den Trost in allen bitteren Stunden gefunden haben. Wir wünschen der Großherzogin zu ihrem 80. Geburtstag, daß es ihr vergönnt sein möge, noch diejenige Zeit mitzuerleben, in der unser Volk frei von Bedrückungen und Prüfungen, in neuer Kraft zur Tagesarbeit schreitet. Daß diese Zeit kommen wird, ist die feste Hoffnung, auf die wir bauen.

Volltische Vorgänge in Baden.

(*) **Karlsruhe, 2. Dez.** In einer Versammlung der Zentrumspartei hier sprach auch Finanzminister Dr. Wirth. Er schilderte die Finanzen keineswegs rosig, fügte aber hinzu, als Finanzminister werde er den Kriegsgewinnern den letzten Heller abjagen. Auch er wie andere Redner dieser Versammlung sprachen sich gegen die Ausbreitung des Berliner Bolschewismus nach Süddeutschland aus, was dann in einer Entschließung festgelegt wurde.

In Emendungen sind die Fortsch. Volkspartei sowie die nat.lib. Partei in der neugegründeten demokratischen Partei aufgegangen. Auch in Vorträgen haben sich der nat.lib. und der demokratische Verein verschmolzen.

(*) **Karlsruhe, 2. Dez.** Ueber die Wiedereinstellung der aus dem Heeresdienst entlassenen Eisenbahner hat die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen besondere Bestimmungen getroffen, in denen auch auf die Kriegsauswehler Rücksicht genommen ist. Wenn die Kündigung der Kriegsauswehler nicht zu umgehen ist, soll unter unklüchter Schonung berechtigter Interessen verfahren werden, vor allem sollen die Verheirateten, die Witwen und Kriegsschädigten Berücksichtigung finden.

(*) **Karlsruhe, 2. Dez.** Die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen hat für ihren Verwaltungsbereich angeordnet, daß alle Sendungen von Stoffen, Kleidern und Wäsche in ganzen Wagen, die mit dem Dringlichkeitsstempel der Reichsbahnverwaltung versehen sind, aufgegeben werden, hinsichtlich der Dringlichkeit der Wagengestellung gleich hinter den Nahrungsmitteln angenommen und gleich diesen mit unklüchter Beschleunigung befördert werden.

(*) **Altenheim, 2. Dez.** Aus Eifersucht überfiel der 37-jährige verh. Tagelöhner Karl Demminger die Ehefrau seines Hauswirts und verietzte ihr einige scharfe Beißhiebe. Auch der Chemann Wilh. Meuter wurde schwer verletzt.

(*) **Mannheim, 2. Dez.** Von Angehörigen der Wachmannschaft der Volkswehr wurde im Rangierbahnhof ein Eisenbahnwagen mit Paketen erbrochen und eine große Menge davon weggeschleppt. Das gestohlene Gut besteht hauptsächlich aus Lebensmittel.

(*) **Bruchsal, 1. Dez.** Beim Ausweichen zweier Militärautos fuhr eines davon auf den Gehweg. Dabei wurde ein Laternenpfahl umgerissen, der einen 22-jährigen sächsischen Soldaten traf, worauf dieser zu Boden geschleudert, von dem Kraftwagen überfahren und getötet wurde.

(*) **Freiburg, 2. Dez.** Zur Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheit sollen Pläne für Unternehmungen im Betrag von mehreren Millionen Mark ausgearbeitet werden.

(*) **Singen-Hohentwiel, 2. Dez.** Man rechnet damit, daß insgesamt gegen 40 000 Deutsch-Schweizer hier durchkommen dürften. Der Rücktransport in die Schweiz dürfte mehrere Monate in Anspruch nehmen.

(*) **Schopfheim, 2. Dez.** Seit dem Waffenstillstand gehen die Preise für Kirschwasser herunter. Während früher 25 Mk. für die Flasche bezahlt worden sind, kann man jetzt schon die Flasche Kirschwasser zu 8 Mk. kaufen. Auch die Weinpreise sind stark heruntergegangen.

(*) **Konstanz, 2. Dez.** Die hiesigen Freizeithilfen haben in einer Versammlung die gängliche Sonntagsruhe auf den Achtstundentag gefordert.

Lokales.

Wildbad, 1. Dezember 1918. Die Gem.-indefolgegen haben in ihrer letzten Sitzung auf Antrag des Stadtvorstands beschlossen, den hiesigen heimkehrenden Soldaten in der Turnhalle einen festlichen Empfang mit Bewirtung zu bewilligen mit einem Aufwand von 10 Mark pro Mann für Speise und Trank. Mit den nötigen Vorbereitungen wurde eine Kommission betraut. Die Feste sollen jeweils für Abteilungen von 100—200 Mann veranstaltet werden, da alle Kriegsteilnehmer mit ihren Frauen die Turnhalle auf einmal nicht füllt.

Politisches. Infolge Verfügung des Arbeitsministers

darf der Posthalter nur von 9—12 Uhr vorm. und von 2—4 Uhr nachm. offen gehalten werden. Vor 9 Uhr vorm. und nach 4 nachm. dürfen weder Briefbestellgänge noch Briefkastenleerungen in der Stadt ausgeführt werden.

Essl. Am Samstag den 30. Nov. abends 8 Uhr, fand im Gasthaus zum Badischen Hof, eine allgemeine Parteiversammlung statt. Die Versammlung war sehr stark besucht und es wurden im ganzen 40 Aufnahmen gemacht. Der stellvertretende Vorstand Genosse Kuchwied eröffnete um 8.15 Uhr die Versammlung und erteilte dem Referenten Genosse Fröhlich das Wort. Genosse Fröhlich hielt einen Vortrag über die Revolution, ihr Zweck und ihre Ziele. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Es wurde noch beschlossen, am Sonntag den 1. Dez. mittags 3 Uhr eine Versammlung abzuhalten, um die Vorstands-Mitglieder zu wählen. Am 9 Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Am Sonntag den 1. Dez. fand eine Mitlieder-versammlung statt. Als erster Punkt der Versammlung war Neuwahlen des Vorstandes zweiter Punkt Verschiedenes. Die Wahl des Vorstandes ging schnell von händen. In den 3. stand wurde gewählt, als 1. Vorsitzender Genosse Schlüter Karl 2. Vorsitz Genosse Diez Karl als Schriftführer Genosse Hefel Albert als Kassier Genosse Widmer. Als Beisitzer wurden gewählt, Gen. Waser Gen. Bauer Hermann Gen. Eitel Gottlob Gen. Höl Karl Gen. Gänter Ernst. Dem Kassier wurden 36 Mark übergeben zum Wahl-nd der Nationalversammlung. Genosse Kuchwied erwähnte die Genossen auch der neuen Vorstandschäft in-ur zur Seite zu stehen. Um 1/2 6 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Sozialdemokratischer Verein Wildbad.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in die Heimat und im Felde befindlichen mit Hundshunden belieferten Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangsbescheinigung zuzuführen. Ueber den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist damit zu rechnen, daß in Anbetracht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transport-schwierigkeiten, dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Gerechtverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw. nicht ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittlungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittlungs-Kommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellten, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

Nachrichten-Mittlungs-Kommission

Abteilung Kriegshund (früher Inspektion der Nachrichten-truppen) Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

— **Hausfluchtungen** müssen mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein; nur in besonderen Ausnahmefällen ist eine Verlängerung des Termins zuzulassen.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 2. Dez.** (Landesversammlung.) Das prov. Ministerium hat die Wahlen für die versammlungsgebende Landesversammlung in Württemberg auf den 26. Januar 1919 festgesetzt. Die Wahlordnung ist bereits festgelegt.

(*) **Stuttgart, 2. Dez.** (Aus dem Parteileben.) In der gestrigen Versammlung des Ängeren Ausschusses der Fortsch. Volkspartei machte Finanzminister Dieckhoff Mitteilungen über die neue Wahlordnung zur Landesversammlung, die von der prov. Regierung zwar ohne rechtliche Ermächtigung, aber den derzeitigen Machtverhältnissen entsprechend festgesetzt worden sei. Der Wahlalter sei auf das vollendete 20. Lebensjahr für Männer und Frauen herabgesetzt. Erforderlich sei die aktive Staatsangehörigkeit und der dauernde Aufenthalt während eines Jahres. Die Zahl der Abgeordneten soll 150 bis 200 betragen. Grundlage sei die Verhältniswahl mit gebundenen Wählerlisten. Die Ausfertigung der Wählerlisten bereite noch Schwierigkeiten. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß dem weitgehend. Wahlrecht die Wahlpflicht zur Seite gestellt werden müsse, sonst komme das Bürgerturn stark ins Hintertreffen. — Ueber den Eintritt der Fortsch. Volkspartei in die neugegründete Deutsche demokratische Partei berichtete Abg. Pauchmann; auch der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei Württembergs habe am 29. Nov. den Beitritt erklärt. Es sei anzunehmen, daß ein Teil der Nationalliberalen den Abmarsch nicht mitmache, die Mehrheit sei für die Vereinigung. Ueber die Art der Zusammenarbeit sind Richtlinien aufgestellt worden, die von der Versammlung nach lebhafter Aussprache gebilligt wurden.

(*) **Stuttgart, 1. Dez.** (Frauenversammlung.) Im Stadtparksaal fand gestern eine stark besuchte Frauenversammlung, die von der nat. lib. Frauengruppe Groß-Stuttgart einberufen war, unter dem Vorsitz der Frau Oberbaurat Tafel statt. Fel. Dr. Hölder sprach über die Bedeutung der „Politisierung“ der Frau durch Ausdehnung des Wahlrechts auf das weibliche Geschlecht. Keine bürgerliche Frau dürfe mehr sagen: ich habe keine Zeit. Die Frau könne viel, wenn ihr viel zugetraut wird. Die politische Mitarbeit am Staat sehe nicht im Widerspruch zu den Pflichten als Frau und Mutter. Reg.-Dir. v. Dieber knüpfte an an die Abbaulma

des Königs, die allen tief ins Herz gegriffen habe. Wäre nicht der revolutionäre Sturm wie eine Naturgewalt über Deutschland hingebrochen, das Schwabenvolk hätte von sich aus des Königs Thron nicht umgehört. Das Wort: die Frau gehört ins Haus, sei durch die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklung längst überholt. Jetzt gebe es für die Frau zu lernen, zu arbeiten, zu erwerben und zu organisieren. Der Zusammenschluß der Parteien zu großen klaren Gruppen und die Wahrung der Reichseinheit seien die großen Aufgaben der Gegenwart und die Frau soll daran mitarbeiten. In die Neben-schloß sich eine Aussprache an.

(*) **Saulgau, 1. Dez.** (Bauernversammlung.) In einer von Schultze Sommer einberufenen Bauernversammlung des Bezirks wurde gegen die Aufstellung von Bauernräten durch sozialdemokratische Führer über die Köpfe der Bauern weg Einspruch erhoben. Die Bauern wollen sich ihre Bauernräte selbst wählen, die mit den Arbeiter- und Soldatenräten auf dem Boden der gegenwärtigen Regierung zusammenarbeiten.

(*) **Stuttgart, 2. Dez.** (Versammlung der Milchinteressenten.) In einer aus Stadt und Land auf besuchten Versammlung der Milchhändler und Molkereibesitzer forderte der Abg. Körner, daß mit Beginn des Friedens die Zwangswirtschaft in der Milchherzeugung aufhören müsse und daß bis dahin Vertreter der Molkereien bei der Erlassung von Verordnungen usw. mitwirken sollen. Eine unparteiische Stelle müsse die Milchpreise festsetzen. Gegen das Hamsterwesen, das immer mehr überhand nimmt, wurde lebhafteste Klage geführt. Dr. Dollinger teilte als Vertreter der Landes-versorgungsstelle mit, daß künftig der Beitrag von 46 Pfg. von Seiten der Produzenten bei Ablieferung der Butter zum Unterhalt der Landesversorgungsstelle nicht mehr erhoben werde.

(*) **Stuttgart, 2. Dez.** (Die Abdankung des Königs und die Sozialdemokratie.) Aus Abdankung des Königs schreibt die „Schwäb. Tagwacht“ u. a.: Der König von Württemberg hat sein politisches Unheil angerichtet. Der einzige politische Fehler, den ihm anhaftete, war ein Geburtsfehler. Was ihm jetzt widerfährt, ist ein Verurteilungsfall, den er nicht vermeiden konnte. Der König ist kein Hemmnis des politischen Fortschritts im Lande gewesen, hat vielmehr bei verschiedenen Gelegenheiten Hindernisse der freien Entwicklung hinweggeräumt. Die revolutionäre Bewegung richtete sich daher auch nicht gegen seine Person, sondern gegen das monarchische System, das unter Wilhelm II. von Hohenzollern Bankrott gerichtet hat. Die persönliche Achtung, die der Person des Königs bisher im Volke entgegengebracht wurde, wird durch den Thronverzicht nicht gemindert. Man kann einem ehrenhaften alten Herrn die Wertschätzung, die man jedem anderen rechtlich denkenden Bürger zuteil werden läßt, nicht darum verjagen, weil er ohne sein Verschulden einmal König gewesen ist.

(*) **Stuttgart, 2. Dez.** (Zeitungslose Tage.) Wie die „Schwäb. Tageszeitung“ mitteilt, muß das Blatt am 4., 9., 13., 18., 23. und 30. Dezember ausfallen, da der elektrische Strom in dem Zeitungsbetrieb an diesen Tagen, nach einer Verfügung des Arbeitsministeriums, ausgeschaltet ist.

(*) **Stuttgart, 1. Dez.** (Charakterlos.) An einigen Häusern der Stadt Stuttgart sieht man anlässlich des Einzugs der Truppen Schmutz in französischen, englischen und amerikanischen Farben. Nicht wenige Weiber haben mit den französischen Gefangenen, seit diese sich überall frei bewegen dürfen, sich „verbrüder“; allerdings haben deutsche Soldaten diesen Damen auch schon verschiedentlich in sehr handgreiflicher Weise das Unziemliche ihres Benehmens zu verstehen gegeben. Die Stadtverwaltung wird künftig die Namen der Schroer-gessenen öffentlich bekannt geben.

(*) **Vaihingen a. G., 2. Dez.** (Brand.) In Illingen ist die gefällte Scheuer des Gottl. Schmid und in Unterriezingen die Scheuer des Frig. Brett abgebrannt. In beiden Fällen liegt Brandstiftung vor.

op. Stuttgart, 30. Nov. (Die Volkskirche.) Am Freitag, 29. Nov., veranstaltete die Freie volkskirchliche Vereinigung eine Aussprache über die kirchlichen Fragen der Gegenwart. Dabei wurde auf Grund eines Vortrags von Stadtpfarrer Lic. Egenwein folgende Entschließung angenommen: „Bei der kommenden Trennung von Kirche und Staat liegt uns daran, daß die Volkskirche im Interesse der sittl. religiösen Volksbildung erhalten bleibe und als wirkliche Volkskirche neu aufgebaut werde. Das Recht der Gemeinden, bei Bestellung ihrer Pfarrer mitzuwirken, muß zur Geltung kommen. Die Landeskirchenversammlung, der künftig eine weit größere Bedeutung zukommen wird, als der bisherigen Landesynode, soll aus allgemeiner Wahl der kirchengehörigen (Männer und Frauen) hervorgehen. In den Gemeinden selbst wünschen wir überall einen freien und kraftvollen Zusammenschluß von Männern und Frauen, die aus innerem Trieb zu persönlichem Dienst an der Gemeinde bereit sind, um so an der inneren Belebung und Festigung unserer Volkskirche mitzuwirken.“

(*) **Stuttgart, 30. Nov.** (Fremdsprachliche Mel-dung.) Die Nachricht der „Basler N.“, daß Abg. Pauchmann als Gesandter in Bern vorgezogen sei, bestätigt sich nach dem „N. T.“ nicht.

(*) **Ellwangen, 30. Nov.** (Im alten Heim.) Ein Offizier des Ellwanger Landsturm-Bataillons, das am Montag zuvor hier eintraf, ritt mit seinem Pferd in der Richtung Röhlingen aus. Das Pferd aber strebte geradenwegs auf einen bekannten Hof zu. Der Reiter gab dem Drange seines Tieres nach, und da stellte sich heraus, daß das Pferd sein altes Heim bei Schwarzen-bauer Reeb wieder aufgefunden hat. Die Stute wurde im August 1914 „ausgehoben“ und rüde kurz darauf mit an Ellwanger Bataillon ins Feld, wo sie seitdem als Offizierspferd Dienste tat. Der frühere Besitzer will das treue Tier wieder erwerben.

(*) **Dall, 30. Nov.** (Militärisches.) — Vier-

Bedeput (in Fall) Nach einer telegraphischen Mitteilung des Hauptmanns Schwend aus Fall ist das zweite "Haltion des Landw.-Inf.-Regts. 121 mit anderen Truppen in der Nähe von Kronstadt (Siebenbürgen) angekommen. Die Mannschaften befinden sich wohl. — Von nächster Woche ab soll in Fall ein Pferdebedepot errichtet werden, in dem deutsche Truppenpferde zum Verkauf angekauft werden. Die Bezahlung kann in Kriegsscheine erfolgen.

(*) **Blaubeuren**, 30. Nov. (Eingemeindung.) Die Gemeindefolgen von Gerhausen haben sich grundsätzlich mit der Angliederung an die Stadtgemeinde Blaubeuren einverstanden erklärt.

Baden.

(*) **Mannheim**, 29. Nov. Die Beschlagnahmekommission des A. u. S. Rats entdeckte bei einem Geflügelhändler ein Hamsternest und beschlagnahmte 172 Pfund Auszugsmehl, 1 Zentner Kartoffelmehl, über 1 Zentner Weizenmehl, 128 Pfund Erbsen, über 2 Zentner Grünkern, nahezu 50 Pfund Schweinefleisch und Speck und 2 Kannen Del.

(*) **Heidelberg**, 28. Nov. (Schwere Unglücksfälle beim Durchmarsch der Truppen.) Beim Durchzug der Truppen wollte ein Kraftwagen einem über die Straße springenden Knaben ausweichen und fuhr dabei auf einen Beluchtungsmaß. Dieser stürzte um und traf drei vierjährige Kinder, zwei Mädchen und einen Knaben, die auf der Stelle getötet wurden. Zwei andere Kinder wurden leicht verletzt.

(*) **Siedelheim** bei Mannheim, 28. Nov. Der 6-jährige Knabe einer hiesigen Familie, der sich auf den Prospekt der Kanone einer hier durchfahrenden Division gesetzt hatte, stürzte ab, wurde überfahren und sofort getötet.

(*) **Eichelbach** bei Sinsheim, 28. Nov. Während Truppen durch unseren Ort zogen, hatte sich die 9-jährige Tochter des Landwirts Bender auf einen Vesettenschwanz gesetzt. Später sprang das Mädchen ab, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß es starb.

— Die Familienunterstützungen für Kriegsteilnehmer sollen ganz allgemein bis zum 31. Dezember 1918 weiter gewährt werden. Darüber hinaus sollen den nach dem 30. November 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften noch zwei halbe Monatsraten an Familienunterstützungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit ausbezahlt werden.

— **Gemeinliches**. Vom 15. Dezember an wird die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien ganz beseitigt. Außerdem wird die achsstündige Arbeitszeit eingeführt.

— **Wer bezahlt die Volkswehr?** Die badische vorläufige Volksregierung hat an zuständiger Berliner Stelle erklärt, daß sie nicht in der Lage ist, die Kosten der Volkswehr in der neutralen Zone zu tragen. Diejenigen Ausgaben, die sie für die Volkswehr bisher gemacht habe und noch weiter mache, betrachte sie lediglich als Vorschüsse. Die Regierung erwartet umgehend eine Erklärung des Reichs über die Vergütung der Kosten und den Rückersch.

— **Erleichterungen im Personenzugverkehr.** Sämtgegenwärtig verkehrenden Personenzüge und Güterzüge mit Personenbeförderung in Baden werden, da der Militärverkehr nachgelassen hat, von jetzt an wieder für den allgemeinen Verkehr freigegeben. Diejenigen Züge, die seit dem 17. November vorübergehend ausgefallen sind, können noch nicht wieder eingelegt werden.

Politische Vorgänge in Baden.

(*) **Karlsruhe**, 30. Nov. In den Verhandlungen der Fortschr. Volkspartei (Demokratische Partei) mit den Nationalliberalen wird von der Parteileitung der Fortschr. Volkspartei mitgeteilt, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Nationalliberalen Partei stattgefunden haben. Die Fortschr. Volkspartei habe dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine reine Verschmelzung der beiden Parteien in Baden ablehne, vielmehr müsse die nationalliberale Partei in die neugegründete Demokratische Partei unter bestimmten Vorbehalten eintreten. Hierüber seien weitere Verhandlungen gepflogen worden. Von den Nationalliberalen wurde Minister Abg. Dietrich und von den Fortschrittlichen Abg. Hummel beauftragt, die letzten Hemmungen aus dem Weg zu räumen.

In La hr hat eine vom dem Verein dort veranstaltete Versammlung auf Antrag des Abg. Massa, der eine Verschmelzung der beiden liberalen Parteien für unmöglich erklärte, eine Entschlieung gefaßt, die den Zusammenschluß mit der nationalliberalen Partei ablehnt.

In Mannheim wurde jüngst eine evangelisch-sozialistische Partei zur Wahrung der evangelischen Interessen gegründet. Sekretär Max Moses betonte in seinem Referat: Wir verlangen Rücksicht auf unsere Ueberzeugung und wir verlangen, daß auch wir mitreden bei der Neuordnung der Dinge.

Berühmung der Verschleppung von Krankheiten des Feldheeres in die Heimat.

(*) **Karlsruhe**, 30. Nov. Da die gesundheitliche Unterfuchung aller Heeresangehörigen vor ihrer Entlassung sich nicht überall durchführen lassen wird, sollen die Mannschaften möglichst in Massenquartieren untergebracht werden. Den heimkehrenden Heeresangehörigen wird die Bormahme gründlicher Reinigung, erforderlichenfalls die Entlausung und die Desinfektion ihrer Wäsche und Kleidungsstücke sowie unentgeltliche ärztliche Behandlung ermöglicht werden.

(*) **Karlsruhe**, 30. Nov. In einer Versammlung der Lehramtspraktikanten stellten diese eine Reihe von Mindestforderungen auf, in denen u. a. verlangt wird: Die Praktikanten erhalten die Benennung Studentreferendare und Studienassessor. Vier Jahre nach dem Staatseramen erhält jeder Praktikant den Gehalt von 3000 Mark jährlich. Jeder höhere Lehrer erhält vom 55. Lebensjahre ab den Höchstgehalt. Nach fünfjähriger Dienstzeit hat jede Sonderberichterstattung der Direktoren über die Praktikanten zu unterbleiben. Zur Abstellung des Praktikantenselends sind alle über 60 Jahre alten Professoren und Reallehrer an höheren Schulen mit der gesetzlichen Höchstpension in den Ruhestand zu versetzen. Der Direktor jeder Volkshochschule ist je ein Praktikant zur Vernehmung der Sekretärgeschäfte mit dem ihm zustehenden Gehalt zuzuweisen. Stellt sich der Pädologenverein nicht auf diese Forderungen, so wird für Baden eine Lehramtspraktikanten-Vereinigung gebildet. Weiter wird gefordert Zerteilung von Klassen von 35 Schülern ab. Für den Turnunterricht an höheren Schulen sind künftig unter besonderer Heranziehung der jungen Praktikanten nur noch höhere Lehrer zu verwenden.

(*) **Horsheim**, 30. Nov. Die Erben des in Oberstein an der Nahe verstorbenen, auch in Gmünd bekannten Kettenfabrikanten Alfred Luenzer haben den Armen der Stadt Horschheim eine Stiftung von 50 000 Mk zuzummen lassen.

(*) **Ottensheim** bei La hr, 30. Nov. Am Bahnhof der hiesigen Eisenbahngesellschaft spielten einige Knaben an einem Güterwagen. Plötzlich fiel die Klapptüre herab und traf den sechsjährigen Sohn des Bäckermeisters Trunkenholz derart auf den Kopf, daß das Kind sofort tot war.

(*) **Staufen**, 30. Nov. Von der hiesigen Sanitätskraftwagen-Vereinigung mußten, gemäß den Waffensstillstandsbedingungen, einige Wagen an die Franzosen abgeliefert werden. Die von der Fahrt nach Mühlhausen, wo die Wagen gesammelt werden, zurückkehrenden Wagenführer erzählen, daß das ganze Elsaß im Flaggenschmuck prangt. Die elsässische Bevölkerung warf mit Steinen nach den deutschen Wagen; die französischen Soldaten hätten sich entgegenkommend verhalten.

(*) **Konstanz**, 30. Nov. Die Auslandsbriefzensur ist, wie den Konst. Nachr. von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nicht aufgehoben. Die Auslandsbriefe müssen nach wie vor offen aufgeliefert werden, schon um den Banknotenschmuggel in das Ausland zu verhindern.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Bekanntmachung

Zufolge Verfügung des Arbeitsministeriums vom 28/29. November 1918 dürfen

Ladengeschäfte

nur noch in der Zeit von 9—4 Uhr offen gehalten werden. Das Personal darf nur innerhalb dieser Zeit beschäftigt werden. Für das

Friseurgewerbe

ist eine tägliche Arbeitszeit von 7 Stunden zulässig, deren Beginn nicht vor 10 Uhr vorm. und deren Ende nicht nach 6 Uhr nachm. liegen darf.

Wildbad, den 2. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Bekanntmachung

Das städtische Lebensmittelamt ist zufolge Verfügung des Arbeitsministeriums vom 26/29. Nov. ds. Js. künftig geöffnet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.

Wildbad, den 2. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Polizeistunde.

Zufolge Erlaß des Arbeitsministeriums vom 26. November ds. Js. ist die **Polizeistunde** für das ganze Land auf **9 Uhr abends** festgesetzt worden.

Um 9 1/2 Uhr müssen sämtliche Lichter in den Wirtschaftslökalen gelöscht sein.

Wildbad, den 2. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Am Mittwoch den 4. Dezember 1918.

2 Lose abgängiges Brückenholz

gegen Barzahlung zur öffentl. Versteigerung.

Wildbad, den 2. Dez. 1918.

Stadtsfleg.

Fleisch-Kundenlisten.

Anlässlich der Rückkehr mehrerer Wehger werden die Kundenlisten neu aufgestellt. Sämtliche Familien haben sich daher auf dem Lebensmittelamt am **Mittwoch** den 4. Dezember neu anzumelden. Folgende Wehgerlisten sind aufgelegt für

- | | |
|-------------------|-------------------|
| Louis Rappellmann | Abolf Krauß |
| Karl Krauß | Hermann Schmid |
| Karl Krauß | Christlan Treiber |
| Friedrich Wals | |

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Breitwieser's Unterbadischer Kunst-Moß-Kusaß

mit Süßstoff

gibt ein alkoholfreies Hausgetränk mit ähnlichem Geschmack wie Apfelmoß zu haben bei:

Carl Wilh. Gott.

Besten Schutz

gegen Verlust

durch Feuer u. Diebstahl bietet die

Aufbewahrung von Wertpapieren, Urkunden und Schmucksachen jeder Art in unserer

Stahlkammer.

In dieser Stahlkammer befinden sich eiserne Schrankfächer, die in verschiedenen Größen, zu billigen Preisen, auf beliebige Zeit, unter Eigenverschluß des Mieters zur Verfügung gestellt werden.

Wertsachen können uns auch in versiegelten Paketen, Kisten etc verpackt, zur sicheren Aufbewahrung übergeben werden.

Besichtigung der Stahlkammer ist während der Geschäftsstunden gerne gestattet.

STAHN & FEDERER,
Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.

Geschäfts-Empfehlung.

Nach 52monatlicher Unterbrechung bin ich wieder in der Lage meine Werkstätte zu eröffnen. Empfehle mich im Anfertigen sämtlicher

Tapezier, Polster und Dekorationsarbeiten

Besonders richte ich an meine frühere Rundschau die ergebenste Bitte mir Ihr Vertrauen von Neuem schenken zu wollen.

Hochachtungsvoll
H. Linder
Tapezier und Dekorateur.

Seidenstoffe

reichste Auswahl
einfarbig, kariert, gestreift und bedruckt
in allen Webarben und Farben
von A 9 — per Meter bis A 60

Faserstoffe

Kleider, Schürzen und Vorhänge
Kragen, Manschetten, Cravatten.

Farbige Schürzen etc.

Phil. Bosh, Wildbad.

Um Heizungsmaterial zu sparen ist mein Geschäft bis auf weiteres nur, Donnerstag, Freitag und Samstag geöffnet, die übrigen Werktage und Sonntags geschlossen.

Warren Ziehung.

Holt den Verwundeten!
Württ. Rote Kreuz-Geld-Lotterie
Ziehung 4. Decbr. 1918.
2400 nur bare Geldgewinne zusammen Mark:
58000
Hauptgewinn Mk.
25000
10000
Lose zu 2 Mark.
6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk., Porto u. Liste 40 Pfg. Zu bezich. durch alle Verkaufsstellen u. Lotteriedienste
J. Schweickert
Stuttgart, Markt 8
Fernsprecher 1921

Lose

sind erhältlich

bei

G. W. Boff

G. W. Boff
Heute abend 8 Uhr
Singstunde
Einen schönen

Damen-Mantel

(Serrenstoff)
Größe 52 hat im Auftrag zu verkaufen:

Georg Fröh.

Eine kleine sommerliche
Wohnung

hat auf 1. Jan. zu vermieten.
Herman Duhn.

Gummiband für Strumpfbänder,
schwarze

Besenlisten u. Rockborden,

Seiden- und Baumwollband

empfiehlt zum billigsten Tagespreis. **Robert Rieinger.**

Kautschuk-Stempel

empfiehlt **G. W. Boff.**

